

Die modernisierte CDU

Peter J. Grafe, geb. 1948 in Säckingen, studierte Soziologie in Frankfurt und Berlin, ist freier Autor und Journalist und lebt in Köln.

Die organisatorische Modernisierung

Ende der sechziger Jahre hatte der Kanzlerwahlverein CDU, eine Organisation von Honoratioren, abgewirtschaftet: Programmatisches Denken fand in dieser Partei in organisierter Form nicht statt - unter dem Primat der Alltagserfordernisse bestimmten der Kanzler und sein Kabinett die Richtlinien der Politik, die Partei erstellte dazu erläuternde Broschüren, war innerorganisatorisch machtlos. Bis zur Wahlniederlage 1972 war ein Partejob in der CDU ein wenig attraktiver Posten; wer in der Geschäftsstelle tätig war, galt als eine Art Hilfsarbeiter.

Unter dem Generalsekretär Biedenkopf begann die Partei, leitende Mitarbeiter für das Adenauer-Haus aus einem Fundus junger Akademiker, deren politische Auffassung weit vom konservativen Stammtisch entfernt war, zu rekrutieren - und Heiner Geißler setzt diese Praxis fort. Wulf Schönbohm ist derzeit Leiter der dem Generalsekretär direkt unterstellten Planungs- und Grundsatzabteilung, eine Stabsstelle, die in der SPD-Zentrale nicht durchsetzbar scheint. Peter Radunski ist Bundesgeschäftsführer und Chefverkäufer christdemokratischer Politik. Beide studierten zur Zeit der Studentenrevolte an der Berliner Freien Universität, waren im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) politisch aktiv, stritten mit Dutschke und Genossen.

Der personelle Umbau des Adenauer-Hauses verlief ziemlich ungestört, da die Traditionalisten in Ministerien und Parlamente drängten. Das hat zur Folge, daß das Adenauer-Haus sich fest in der Hand des reformerischen Flügels befindet. Gleichzeitig hat es sich zu einem wichtigen Machtzentrum in der CDU entwickelt - zu Lasten von Bundestagsfraktion, Kabinett, Kanzler und Landesfürsten -, so daß die Reformen eine wichtige Schlüsselposition besetzt halten, um der CDU von morgen ihren Stempel aufzudrücken, auch wenn dieser Modernisierungsprozeß nicht reibungslos abläuft. Aus dem föderalistischen Wahlverein wurde eine straff und zentral organisierte Firma, nach US-amerikanischem Muster jedoch nicht autoritär, sondern kooperativ und durch Diskussion integrativ ausgerichtet. Die Führung der Partei hegt heute praktisch in der Hand des „geschäftsführenden Vorsitzenden“ (Selbstbekenntnis Geißler), der seine Aufgabe insbesondere darin sieht, die Kraft und den Zusammenhalt der Organisation auch über Niederlagen hinweg zu gewährleisten - und das über Helmut Kohl hinaus. Geißler wiederholt immer wieder, daß die CDU gegenüber der Regierung durchaus eine eigenständige Rolle zu spielen habe, und er warnt vor dem Negativbeispiel SPD.

Als Helmut Schmidt das Kanzleramt übernahm, wurde die SPD-Partei-zentrale ausgedünnt. Ministerien und Kanzleramt wurden aus der „Baracke“ personell unterstützt. In der Konsequenz war die SPD als Partei bis zum Ende der Schmidt-Regierung politisch und programmatisch stumm. Während dessen wurde mit dem Beginn der Oppositionszeit bei der CDU daran gearbeitet, die Partei aus dem Kompetenz- und Kommunikationstief zu holen. Erste Aufgabe war es, während der Diskussion um die Ostverträge eine rechtsgerichtete Radikalisierung weiter CDU-Kreise zu verhindern, dann folgte, parallel zum Umbau des Apparats, die inhaltliche Modernisierung mit der „Mannheimer Erklärung“ (1975) zur „Neuen Sozialen Frage“, dem ersten Grundsatzprogramm der CDU (1978) und den „Stuttgarter Leitsätzen“ (1984).

Im Bundestagswahlkampf 1976 wurden alle Kreisverbände erstmals direkt von der Bundesgeschäftsstelle mit Werbematerial versorgt. Im Mai 1981 setzte die Landesgeschäftsführerkonferenz eine Kommission „Verbesserung der Parteiorganisation“ ein, um zu prüfen, wie neue Technologien im Bereich der Datenverarbeitung und Telekommunikation genutzt werden könnten. Nach langen Beratungen schloß die CDU im Oktober 1982 mit der Firma WANG einen Rahmenvertrag über den Aufbau eines vernetzten Datenverarbeitungs- und Kommunikationssystems ab. Die zentrale Mitgliederkartei wurde zu einem zentralen Datenpool erweitert. Schon im Wahlkampf 1983 wurde der Rednereinsatz im gesamten Bundesgebiet durch ein entsprechendes System gesteuert und koordiniert.

Im Geschäftsbericht, den Peter Radunski im März 1985 auf dem Essener Parteitag vorlegte, heißt es zum Stand der technischen Ausrüstung: „Im heutigen Zeitalter der technischen Revolutionierung und der fortschreitenden Computervernetzung macht der Prozeß des Durchdringens mit Mikroelektronik weder vor dem Privathaushalt noch vor Betrieben und Dienstleistungsorganisationen halt. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit—und dies gilt auch für den politischen Markt - wird davon abhängen, wie man sich auf diesen Trend einstellt und wie er für die eigene Organisation genutzt wird. Dies belegt, wie wichtig der Aufbau eines leistungskräftigen Systems auch für die Arbeit und die Schlagkraft der CDU ist.“

Die CDU baute einen vollständigen Systemverbund zwischen der Partei-zentrale und den einzelnen Gliederungen auf. Mit diesem Verbundsystem begann 1984 die Vorbereitung auf den Wahlkampf 1987. In Testläufen wurden die Mitarbeiter geschult. In der heißen Phase kurz vor der Wahl wurde die Bundesrepublik dann aktuell mit gleichlautendem Werbematerial überschüttet. Der im Textsystem integrierte Fotosatz ermöglicht schnelle und rationelle Produktion von Einladungen, Broschüren, Flugblättern und anderen Texterzeugnissen. Die Netzwerkfähigkeit des Systems erlaubt es, kommentierende Flugblätter zu ausgewählten Fernsehsendungen noch in der Nacht als fertigen Text per Datenfernübertragung an die angeschlossenen Gliederungen der Partei zu versenden.

Seit Herbst 1984 wird Teletext als Kommunikations- und Datenfernübertragungsmedium im CDU-Netz eingeführt. Neben aktuellen Meldungen der Tagespolitik findet der Benutzer auf über 500 Seiten Informationen über Positionen der Partei. Auf etwa 80 Dialogseiten können zusätzliche Informationen angefordert werden. Seit Januar 1985 läuft der Aufbau einer CDU-Textinformationsdatenbank, einschließlich einer parteieigenen Videothek - alle für wichtig erachteten Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle sind gespeichert, insgesamt über 700 Reden, Dokumentationen, Broschüren und ähnliches. Seit Anfang 1985 verfügt das Adenauer-Haus außerdem über ein Schulungszentrum für Mitarbeiter der Partei. Um die Parteibasis auf dem laufenden zu halten, gibt die Parteizentrale seit Januar 1986 zusätzlich zur elektronischen Kommunikation einen Informationsdienst für Redakteure in lokalen und regionalen CDU-Publikationen heraus. Dieser Informationsdienst enthält eine Zusammenstellung bundespolitischer Nachrichten, aktuelle Zitate, grafische Tips und anderes mehr.

Bei aller Modernisierung und aller neuen Technologie hat die CDU ein ganz traditionelles Problem allerdings noch längst nicht bewältigt: die Bundeszentrale hat einen deftigen Schuldenberg, während die Kreisverbände über ein Vermögen von zusammengerechnet zirka 80 Millionen DM verfügen. Wenn es ums Geld geht, ist die Macht des Adenauer-Hauses deutlich begrenzt. Der Versuch, seinen Anteil an den Beiträgen der Mitglieder von 1 DM (seit 1972) auf 2 DM zu erhöhen, wird von Parteitag zu Parteitag verschoben. Um seine Kassenlage zu verbessern, ist das Adenauer-Haus dazu übergegangen, die Serviceleistungen seines Kommunikationsnetzes einer selbständigen GmbH zu übertragen, die für ihre Arbeit bei den Gliederungen entsprechende Honorare kassiert.

Gegen manche innerparteilichen Schwierigkeiten versucht das Adenauer-Haus, entideologisierte, pragmatische Politik in der Partei durchzusetzen, um im Wettkampf um intelligentere Problemlösungen zu bestehen. Um die CDU für diesen Wettkampf auszurichten, müssen tradierte Orientierungen eingebunden und traditionsbedingte Radikalisierungen befriedet werden: eine integrative Aufgabe, die als aufklärerisch orientierte Führungsarbeit verstanden wird.

Der Vorsprung der CDU gegenüber der SPD besteht allerdings weniger in den angewandten modernen Techniken, die sich beschaffen lassen - die SPD holt den etwa dreijährigen Rückstand langsam auf - als in der Tatsache, daß die CDU mit dem Adenauer-Haus eine Instanz hat, die sich der an die eigene Partei gerichteten Aufklärungsaufgabe gezielt widmet, während in der SPD solche Bemühungen eher vereinzelt und bislang recht unsystematisch erfolgen (siehe Lafontaine). Außerdem bemüht sich die CDU, die entstehenden Konflikte nicht nach dem Rechts-Links-Muster auszufechten, sondern nach Kriterien wie modern, zeitgemäß, erfolgreich und rückständig, erfolglos.

Die CDU hat die Herrschaft über Begriffe zu einem eigenständigen Mittel der Politik entwickelt. Sprache dient nicht notwendigerweise dem Transport von konkreten Inhalten, sondern sie wird ein Mittel zur direkten Beeinflussung. Es geht weniger um den Wahrheitsgehalt einer Aussage, sondern mehr um deren Wirkung. Jenseits aller Wertung nimmt man in der CDU zur Kenntnis, daß die Parteien nicht unmittelbar nach ihren Taten beurteilt werden, die die meisten Wähler weder genau kennen, noch in ihrer Bedeutung genau abschätzen können, sondern daß die Worte über die Taten die Menschen bewegen. Für das Wahlverhalten sind Hoffnungen, welche die Bürger - berechtigt oder irrtümlich - mit einer Partei verbinden viel entscheidender als die faktisch zu erwartenden Handlungsweisen und Handlungsmöglichkeiten dieser Partei. Für Wahlkämpfe gilt es also, in den Augen der Bürger genau dort Kompetenzvermutung zugunsten einer Partei zu wecken, wo Bürger Probleme empfinden.

Peter Radunski folgt dem Grundsatz: Es ist immer Wahlkampf. Die Endphase kurz vor den Wahlen bringe nur dann etwas ein, wenn in der Zeit seit den vergangenen Wahlen die Grundstimmung bei einem hinreichend großen Anteil der Bevölkerung zugunsten der CDU beeinflußt worden sei. In der Zeit zwischen den Wahlen entscheide sich die parteipolitische Präferenz der Bürger - der eigentliche Wahlkampf soll dann nur noch insofern nachhelfen, als sie tatsächlich auch zur Urne gehen. Deshalb sorgt die CDU auch dafür, daß Mitglieder und Stammwähler dauerhaft als Multiplikatoren genutzt werden. Damit bekommt die Basis eine Aufgabe und die Partei ein Instrument, um Stimmungen zu beeinflussen - allerdings ein eher unzuverlässiges Instrument, wie das Adenauer-Haus feststellen konnte.

Peter Radunski hat immer wieder Wahlkämpfe in anderen Ländern, insbesondere in den USA, beobachtet und untersucht. Aus den dort gewonnenen Erkenntnissen setzt er auf das Fernsehen als dem wichtigsten Instrument der Massenbeeinflussung - und zwar nicht erst, wenn der Wahlkampf eingeläutet ist, sondern als Dauerberieselung. Nach Radunskis Erkenntnis sind sich Fernsehen und Werbung sehr ähnlich, da die Vermittlung politischer Nachrichten die Aussagen von Politikern auch im Fernsehen auf Statements von 50 Sekunden verkürzt. Die Ähnlichkeit zu Werbespots ist unverkennbar. So favorisiert Radunski das Fernsehen für seine Botschaften, weil sie dort mehr empfunden als empfangen werden. Er stellt die Darstellung der Politik mehr und mehr auf kontinuierliche TV-Show ab. Seine Sache ist es auch, Parteitage als Medienrummel aufzuziehen: mit barbusigen Damen in Kiel und für die Gleichwertigkeit von Haus- und Berufsarbeit der Frauen in Essen. Radunski erklärt zwar, Politik sei mehr als ständige PR-Show, da es schließlich auch um Inhalte gehe und PR nicht dazu taue, einen völligen Mangel an Übereinstimmung mit tatsächlichen politischen Handlungen zu überbrücken. Dennoch ist für ihn gezielte politische Kommunikation zu einem zentralen Bestandteil der Politik geworden.

Die Pflege eines tradierten Konsenses reicht nämlich auch in der CDU nicht aus, um all die Wähler zu gewinnen, die sie braucht, um mehrheitsfähig zu bleiben. Von oben werden deshalb Themen in die Partei und die Öffentlichkeit gegeben, die wichtige neue Wählergruppen ansprechen sollen. Beispiele dafür sind die Frauenkampagne oder die unlängst erfolgte Gründung der Senioren-Union. Zu solchen Kampagnen gehören auch die entsprechenden personalpolitischen Entscheidungen, die, wenn es, wie im Falle Süßmuth, notwendig erscheint, auch gegen heftigen innerparteilichen Widerstand durchgesetzt werden - ein in der SPD schier undenkbarer Vorgang.

Daneben verfügt die CDU mit den Themen „Familie“ und „Natur als Schöpfung Gottes“ über einen gesinnungsgemeinschaftlichen Überbau, durch den sich auseinanderlaufende Einzel- oder Teilinteressen immer wieder mit dem Ganzen versöhnen lassen. Die CDU-Strategen brauchen diese konsensstiftenden Themen, denn die Bemühungen Geißlers und seiner Mitstreiter gleichen durchaus den Schwierigkeiten eines Dompteurs, der Attacken im *Zaum* halten muß. Bei dem ganzen Modernisierungsprozeß soll die CDU ja nicht auseinanderfliegen - sich radikalisierte Minderheiten, wie beispielsweise jene „Christen für das Leben“, die seit Beginn der Kohl-Regierung auf die deutliche Verschärfung des § 218 warten, müssen eingebunden werden. Besonders schwierig wird Geißlers Arbeit, wenn Helmut Kohl sich nicht eindeutig hinter ihn stellt, weil er die Mehrheitsfindung in der CDU abwartet. Kohl läßt Geißler gelegentlich sogar gegen die Wand laufen, spricht, wie in Sachen Deutschlandpolitik, von sogenannten „Geißler-Positionen“, wenn Papiere, die durchaus als gemeinsame Verlautbarungen geplant waren, an die Öffentlichkeit geraten und in der Partei heftige Kritik auslösen. Wenn der Generalsekretär dann im Regen steht, fühlen sich auch andere ermuntert, ihre lange unterdrückte Kritik an den Mann zu bringen. Solche Schwierigkeiten zeigten sich in letzter Zeit in der Deutschlandpolitik, bei der Vorbereitung einer neuen sozialpolitischen Initiative unter der Überschrift „Christliches Menschenbild“ für den Parteitag im Juni (die Mittelstandsvereinigung stellt sich quer, sieht ökonomische Interessen in Gefahr) oder bei personalpolitischen Entscheidungen.

Gelegentlich steht den Modernisierungsbemühungen das wohlverstandene Eigeninteresse von Basisfunktionären entgegen. So ist nach dem Essener Parteitag 1985 der Versuch des Adenauer-Hauses kläglich gescheitert, den Kreisverbänden eine Kampagne „Wir werben Frauen für die CDU“ aufzudrücken. Die durchweg männlichen Vorstände der Kreisverbände dachten an die Konsequenzen eines möglichen Erfolges einer solchen Kampagne, die darin hegen könnten, daß einige der Herren ihren Posten an eine Frau verlieren müßten. Also engagierten sie sich nur sehr zurückhaltend für das Anliegen aus Bonn. Beim kommenden Parteitag soll dem Adenauer-Haus die Möglichkeit verschafft werden, stärker in die Gliederungen - auch in deren Personalpolitik - hineinzuwirken. Um die Basisarbeit effizienter zu gestalten, sollen moderne Dienstleistungszentren aufgebaut werden, die für mehrere Kreisverbände Verwaltungsarbeiten erledigen, damit die Basisfunktionäre mehr Zeit für die

politische Kommunikation vor Ort haben. Damit sie imstande sind, zu erledigen, was die Parteizentrale von ihnen erwartet, sollen sie unter deren Regie außerdem besser geschult werden.

Die Rolle von Arbeit und Gewerkschaften aus der Sicht der CDU

Am 15. Juli 1969 legte Fritz Burgbacher, der damals CDU-Abgeordneter im Bundestag war, den nach ihm benannten Plan zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand vor: 1,5 Prozent des Lohns sollten nicht ausbezahlt, sondern als „Beteiligungslohn“ angelegt werden, denn die Bildung von Produktivkapital in breiten Schichten des Volkes sei eine schicksalhafte Frage für den Bestand unseres Wirtschaftssystems. Der Sozialausschüßler Burgbacher wollte eine Pflicht zur Eigentumbildung, ähnlich der Sozialversicherung, einführen.

Der gemeinsame Aufschrei von Gewerkschaften und Unternehmern verhinderte zwar, daß der auf individuelle Vermögensbildung ausgerichtete Vorschlag zu einem Gesetz wurde, doch die Grundidee hat sich bei der CDU festgesetzt und Niederschlag in der Programmarbeit gefunden. Kaum war der Burgbacher-Plan begraben, veröffentlichte die Parteizeitung „Deutsches Monatsblatt“ ein vermögenspolitisches Grundsatzprogramm von Bundestagsfraktion und Partei. Danach müsse sich die Verteilung von Arbeit und Kapital in unserer Gesellschaft immer mehr dahin entwickeln, daß nur noch wenige ausschließlich von Kapitalrendite oder von festem Arbeitslohn leben. Vielmehr sollen „freie Bürger in einer partnerschaftlichen Ordnung“ Einkommen aus verschiedenen Quellen beziehen können: Möglichst viele Bundesbürger sollen festes Arbeitsentgelt, risikoabhängiges Arbeitsentgelt, Gewinnanteil auf den Arbeitseinsatz, Zins auf Kapitaleinsatz, Risikoprämie auf Kapitaleinsatz und Gewinnanteil auf Kapitaleinsatz nebeneinander erhalten.

Dennoch war die Union Mitte der siebziger Jahre nach Ansicht der Wähler in sozialpolitischen Belangen weit abgeschlagen. Die CDU versuchte, dem mit einer Neudefinition der sozialen Frage zu begegnen. Danach war es früher einmal notwendig, der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft Einhalt zu gebieten. Diese Epoche sei mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu Ende gegangen. Die alte Klassenlage sei nunmehr im Gleichgewicht, die „Neue Soziale Frage“ war entdeckt. Danach sind es die sozial Schwachen, die Rentner, die kinderreichen Familien, die älteren Selbständigen, zu deren Lasten die Gewerkschaften Vorteile zugunsten der Lohnempfänger herausholen. Deshalb handelten die Gewerkschaften eigentlich unsozial, indem sie auf dem Konflikt mit den Unternehmern beharrten. Insbesondere wegen dieser Kritik an den Gewerkschaften konnte sich Geißlers neue Sichtweise nicht allgemein durchsetzen, doch blieb sie ein Denkmodell, das noch heute Ansatzpunkt für die sozialpolitischen Visionen der CDU ist.

Mit der „Neuen Sozialen Frage“ geht es einerseits um die Darstellung sozialpolitischer Kompetenz, andererseits um die Selbstinszenierung der CDU als

moderne Partei. Zugleich wird die SPD als Partei von gestern dargestellt, die noch völlig den traditionellen Konflikten verhaftet sei und deshalb die Probleme der modernen Gesellschaft nicht lösen könne. In seiner Rede beim Stuttgarter Parteitag machte Geißler unter dem Thema „Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft, in die Informationsgesellschaft“ den Zweck der Übung überdeutlich: „Wer zu Hause fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft oder als Übungsleiter arbeitet, wer am Nachmittag Schaltrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt oder wer vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich eben dem alles dominierenden Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung.“ Ob er damit vielleicht Recht hat? Jedenfalls ist das die modernisierte Variante von „Wir sitzen alle in einem Boot“ - die schwarze Solidargemeinschaft der Wohlhabenden von morgen.

Das Verhältnis der Christdemokraten zu den Gewerkschaften ist im Grundsatz widersprüchlich gebrochen: Einerseits werden sie als verlässlicher Ordnungsfaktor geschätzt und andererseits als hinderlich für die notwendig erachteten Veränderungen betrachtet. Der kollektiven Interessensvertretung nach dem Muster der Solidargemeinschaft derer, die als Arbeitnehmer in der gleichen Lage sind, versucht die CDU die individuellen Belange des einzelnen entgegenzusetzen.

Die CDU versteht demgemäß unter Mitbestimmung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer nicht Mitwirkung und Beteiligung der organisierten Arbeitnehmerschaft, sondern Beteiligung des einzelnen - was vom gewerkschaftlichen Standpunkt als Entsolidarisierung verstanden wird. Nach dem Individualitätskonzept der CDU ist auch Flexibilisierung von Arbeitszeit auf individuelle Gestaltungsmöglichkeiten hin ausgerichtet, während es den Gewerkschaften um Tarifabschlüsse geht, die möglichst viele Arbeitnehmer umfassen, und nicht in erster Linie solche Rahmenvereinbarungen, deren konkrete Ausgestaltung im einzelnen Betrieb sehr unterschiedlich ausfallen kann. Es bleibt die Frage, ob nicht derartige Vorstellungen der CDU dem Lebensgefühl immer größerer Teile der Bevölkerung eher entsprechen als die Konzepte der Gewerkschaften. Hinken die Gewerkschaften, aus Furcht, ihre Organisationsfähigkeit zu verlieren, einer real sich vollziehenden Entwicklung hinterher? Wie dem auch sei, die „modernen“ Christdemokraten wollen die Gewerkschaften jedenfalls als Partner gewinnen, um die Veränderungen der Arbeitswelt, die sie als Anpassung an technologische und wirtschaftliche Neuerungen für notwendig halten, bewältigen zu können. Nach Auffassung der Christdemokraten verhalten sich die Gewerkschaften allerdings bisher eher als Gegner ihrer Politik. Doch ist ihnen nicht sonderlich bange: in Sachen Modernisierung sehen sie für die Zukunft wesentlich mehr Anpassungsprobleme bei den Gewerkschaften als bei der CDU. Die am Organisationsinteresse der Gewerkschaften orientierten ideologischen Traditionsbestände dürften aus dieser Sicht eher zu einem Problem der Gewerkschaften als zu

einem der CDU werden. Allerdings wird auch befürchtet, daß die Gewerkschaften ihre für den sozialen Frieden wichtige Ordnungsfunktion verlieren könnten, wenn sie den Anpassungsprozeß nicht bald einleiten.

Wulf Schönbohm sieht die Auffassung der „modernen“ CDU als eine Position der Vernunft zwischen den versteiften und ideologisch bornierten Interessenlagen von Unternehmern und Gewerkschaften. Damit werde der christdemokratische Ansatz von der „Sozialen Marktwirtschaft“ als vernünftige Mitte zwischen Kapitalismus und Kommunismus fortgeschrieben. Von uneinsichtigen Unternehmern und Gewerkschaftern würden die notwendigen Veränderungen gemeinsam bekämpft, wie dies die denkwürdige Koalition gegen die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes zeige.

Zusammengefaßt läßt sich festhalten, daß die Christdemokraten im Prinzip nichts gegen Gewerkschaften haben, daß sie jedoch nicht gewerkschaftlich denken. Sie überlegen nicht zuerst, was eine bestimmte Entwicklung den Gewerkschaften, so wie sie hier und heute sind, nützt oder schadet, sondern sie wollen im fahrenden Zug der Zeit sitzen, den Steuern zu können sie nicht einmal vorgeben. Wenn die Gewerkschaften allerdings meinen, sich von diesem Zug abkoppeln zu müssen, dann, so leid es den Christdemokraten tut, sollen sie sehen, wo sie bleiben. Jedenfalls sollen die Bundesbürger auch Unternehmer werden, sollen Einkommen aus Beteiligungen und aus Lohnarbeit gleichermaßen erhalten. Die CDU schlägt vor, daß die Tarifpartner künftig „flexibel“, bezogen auf Betriebe und Regionen, über Einkommen verhandeln, die sich aus Nettolohn, sozialer Sicherung, Vermögensbildung und Freizeit zusammensetzen. Die nach Branchen, Regionen und Betrieben gegliederten Nachverhandlungen möglichst bundesweiter Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften würden zu flexibleren Arbeitsabläufen führen und den einzelnen Arbeitnehmern die Möglichkeit einräumen, das Verhältnis zwischen Arbeitsentgelt, betrieblichen Sozialleistungen und Vermögensbildung mitzubestimmen.

Die schon in die Beschlußlage der CDU aufgenommenen Bestrebungen zur Modernisierung der Arbeitswelt bedeuten nicht nur eine Umdefinierung des Einkommens-, sondern auch des Arbeitsbegriffs: „Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Arbeit, und Leistung nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht werden. Arbeit gibt es nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch in der Familie, im sozialen Dienst und im öffentlichen Leben“, so skizzierte Heiner Geißler beim Stuttgarter Parteitag seine Vision von der Zukunft der Arbeit, die, so könnte man spotten, große Ähnlichkeit mit dem Marxschen Entwurf des vielseitig tätigen Menschen hat.

Auch wenn es nach Heiner Geißler geht, handelt und betätigt sich der Mensch in Zukunft teils privat, teils gesellschaftlich-öffentlich, teils subsidiärsozial. Dafür erhält er nicht nur Lebenssinn, gesellschaftliche Anerkennung und soziale Kontakte, sondern auch geldwerte Gegenleistung. Da Arbeitslosig-

keit ein virulentes Problem ist, und die CDU einen Teil ihrer Selbstlegitimation daraus bezieht, Angebote zur Lösung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu machen, versucht sie in ihr Zukunftsmodell Problemlösungen einzubauen, die sowohl mit ihren grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen vereinbar wie auch mit den Erwartungen großer Bevölkerungsteile verknüpfbar sind. Ganz nach marktwirtschaftlichen Regeln soll, wenn schon die Zahl der Arbeitsplätze nicht deutlich zu erhöhen ist, die Nachfrage nach bezahlter Lohnarbeit verringert werden. Diesem Ziel können nach Auffassung der CDU verschiedene Ansätze dienlich sein: längere Ausbildungszeiten, niedrigeres Rentenalter bei flexiblem Übergang, bezahlte Umschulung und Weiterbildung, Teilzeitarbeit und eine Art Lohn für subsidiäre und soziale Betätigung, auch für Kindererziehung und Hausarbeit.

Natürlich betrifft die von den christdemokratischen Modernisierern vorgesehene Neugestaltung des Arbeitsmarktes die Finanzlage der sozialen Sicherungssysteme, die bislang an die Arbeitsplätze gekoppelt sind. Ohne daß es explizit so beschlossen wäre, laufen die Bemühungen der Christdemokraten auf eine staatlich organisierte Grundsicherung (Mindesteinkommen/Grundrente) hinaus. In ein darauf aufbauendes privates versicherungsrechtliches System soll jeder so viel einzahlen können, wie es seinem Sicherheitsbedürfnis oder seiner finanziellen Lage entspricht. Nach der Idee vom bundesdeutschen allgemeinen „Unternehmerbürger“ soll die allseitige individuelle Beteiligung am Kapital der Unternehmen auch dazu dienen, das soziale Netz zu entlasten: wenn ein Teil des verfügbaren Einkommens aus Bereichen kommt, die nicht unmittelbar an einen Arbeitsplatz geknüpft sind, dann sei der zeitweilige Verlust eines Arbeitsplatzes nicht mehr so tragisch. Diesem Grundgedanken entsprechend, könnten die Rentenkassen dadurch entlastet werden, daß ein zunehmender Teil der Alterssicherung aus Kapitalerträgen und angehäuften Vermögenswerten bestehe. Nobert Blüm bringt diese Zukunftsmusik auf die einfache Formel: „Wer Eigentum besitzt, ist nicht auf andere angewiesen.“ Er denkt nicht gewerkschaftlich, denn die gewerkschaftliche Solidarität baut auf die gegenseitige Angewiesenheit in der gleichen Lage.

In der CDU kommt Widerstand gegen solche Vorhaben zu allererst vom real existierenden Mittelstand. Er fürchtet um seine Position als Herr im Betrieb. So ist es für die Modernisierer *eine* Sache, auf den Parteitag durch geschicktes Management und gut vorbereitete öffentliche Kommunikation für programmatische Papiere Mehrheiten zu finden, jedoch eine ganz *andere*, den mit ökonomischen Interessen begründeten Widerstand in den eigenen Reihen zu überwinden. Im Vorfeld des für Juni geplanten CDU-Bundesparteitag wird das wieder deutlich. Unter der Überschrift „Christliches Menschenbild“ will das Adenauer-Haus die oben dargelegte sozialpolitische Orientierung weiter fortschreiben, doch die Mittelstandsvereinigung der CDU mobilisiert dagegen.

Noch ist nicht entschieden, wohin die „moderne“ CDU endgültig geht.